

Pressemeldung der Deutschen Gesellschaft für Rheumatologie und Klinische Immunologie e. V. (DGRh)

Welt Rheuma Tag 2025:

DGRh warnt vor dramatischer Unterversorgung – Politik muss handeln

Berlin, Oktober 2025 – Anlässlich des Welt Rheuma Tages am 12. Oktober weist die Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie und Klinische Immunologie e. V. (DGRh) auf die sich zuspitzende Versorgungssituation von Patientinnen und Patienten mit entzündlich-rheumatischen Erkrankungen (ERE) in Deutschland hin. Rund zwei Millionen Menschen sind betroffen, doch bereits heute fehlt es an ausreichender fachärztlicher Betreuung. Die Fachgesellschaft appelliert daher eindringlich an die Politik, die Versorgung nachhaltig zu sichern. Ein aktuelles Beispiel aus Rheinland-Pfalz könnte Vorbild sein, so die DGRh.

Dank moderner Medikamente lassen sich die Krankheitsverläufe von ERE heute oft erfolgreich kontrollieren. Viele Betroffene können ein weitgehend normales Leben führen. Schwerwiegende Folgeschäden lassen sich vermeiden – jedoch nur, wenn die Therapie frühzeitig beginnt. In der Realität wird das Ziel, innerhalb von sechs Wochen nach Symptombeginn eine rheumatologische Erstvorstellung zu ermöglichen, jedoch klar verfehlt: Die Wartezeit beträgt häufig mehr als drei Monate. „Aufgrund des demografischen Wandels und des Hineinwachsens der geburtenstarken Jahrgänge ins höhere Lebensalter ist in den kommenden Jahren zudem mit einer weiteren Zunahme entzündlich-rheumatischer Erkrankungen zu rechnen“, erläutert DGRh-Präsident Prof. Dr. med. Ulf Wagner aus Leipzig.

Die aktuelle Versorgungssituation ist angespannt und wird sich weiter verschärfen. So waren Ende 2024 bundesweit nur 1.161 Rheumatologinnen und Rheumatologen berufstätig, während für eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung mindestens 1.400 erforderlich wären. Schon jetzt fehlen etwa 700 Fachärzt:innen. Zudem ist ein Drittel der Ärzt:innen über 60 Jahre alt und wird in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen. Die Zahl der neuen Facharztabschlüsse reicht nicht aus, um diese Verluste auszugleichen. Hinzu kommt, dass viele Rheumatolog:innen in Teilzeit tätig sind. Auch die regionale Versorgung ist ungleich verteilt: Während Berlin 2,5 Rheumatolog:innen pro 100.000 Erwachsene aufweist, sind es im Saarland nur 0,8. Im Bundesdurchschnitt liegt die Quote bei 1,7, für die ambulante Versorgung bei 1,0.

Die DGRh sieht dringenden politischen Handlungsbedarf und verweist in diesem Zusammenhang auf ihr aktuelles Memorandum. Darin fordert sie die Schaffung von mindestens 100 zusätzlichen Weiterbildungsstellen bis 2029 sowie eine strukturelle Stärkung der Rheumatologie in der universitären Lehre. Bisher verfügen nur zehn der 38 staatlichen Universitäten über eigenständige Lehrstühle. Um mehr Studierende zu erreichen, müssten alle 36 medizinischen Fakultäten in Deutschland rheumatologische Lehre anbieten. Mindestens jede zweite Fakultät sollte über einen eigenständigen rheumatologischen Lehrstuhl verfügen. Zudem müssten sektorenübergreifende Versorgungsmodelle wie Frühsprechstunden, die Delegation an Fachassistentenpersonal, strukturierte Patientenschulungen und digitale Konzepte unterstützt und finanziert werden. Auch der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) sieht Handlungsbedarf: Bisher ist ein Versorgungsanteil von acht Prozent der Fachinternist:innen für Rheumatologie reserviert, eine Anhebung auf zehn Prozent bis Ende 2026 wird geprüft.

Der kürzlich vorgestellte Aktionsplan „Stärkung der rheumatologischen Versorgung in Rheinland-Pfalz“ zeigt beispielhaft, wie eine Versorgung von Menschen mit rheumatischen Erkrankungen gelingen kann. Er stärkt Ausbildung und Weiterbildung in der Rheumatologie, unter anderem durch ein neues Wahlfach im Medizinstudium und zusätzliche Weiterbildungsstellen in Kliniken. Innovative Projekte wie TELE-RHEUMA plus fördern die telemedizinische Zusammenarbeit zwischen Hausärzt:innen und Fachärzt:innen, um Diagnosen früher zu stellen und Therapien zu verbessern. Zudem werden nichtärztliche Fachkräfte zu rheumatologischen Assistent:innen qualifiziert und mobile Informationsangebote wie der „Rheumabus“ unterstützen Aufklärung und Versorgung. Dass rheumatologische Versorgung als zentrale gesundheitspolitische Aufgabe erkannt und deren Verbesserung so entschlossen vorangetrieben werde wie in Rheinland-Pfalz, sei auch für andere Bundesländer wünschenswert, so die DGRh.

Vor dem Hintergrund des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) fordert die DGRh zudem gemeinsam mit dem Verband Rheumatologischer Akutkliniken (VRA), die besonderen Bedürfnisse der Rheumatologie in der Krankenhausplanung zu berücksichtigen und statt einer pauschalen Fallzahlkonzentration eine differenzierte Planung für eine flächendeckende qualitätsgesicherte Versorgung sicherzustellen.

„Wir haben hochwirksame Medikamente und sektorenübergreifende Ansätze entwickelt – doch sie können nur wirken, wenn genügend Rheumatologinnen und Rheumatologen zur Verfügung stehen und die Versorgung – ob stationär, ambulant oder sektorenübergreifend – angemessen finanziert wird“, betont Prof. Wagner. Die DGRh appelliert daher an Politik und Kostenträger, jetzt zu handeln,

um auch in Zukunft Millionen Patientinnen und Patienten flächendeckend stabil versorgen zu können.

Bei Abdruck Beleg erbeten.

Daten und Fakten zu Rheuma und der Versorgungssituation in Deutschland:

Rheuma in Zahlen: Betroffene Menschen in Deutschland

<https://dgrh.de/Start/DGRh/Presse/Daten-und-Fakten/Rheuma-in-Zahlen.html>

Zahlen zur Versorgungssituation:

[*Forderungen und Ziele - Bündnis für Rheumatologie*](#)

Quellen:

Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Rheumatologie und Klinische Immunologie 2024. Verfasst von: J. Braun, K. Albrecht, J. Callhoff, I. Haase, A. Krause, H.-J. Lakomek, D. Meyer-Olson, R. Schmale-Grede, U. Wagner, J. Zeidler, S. Zinke, A. Voormann, C. Specker, die Kommission Versorgung der DGRh, Springer Medizin Verlag GmbH, Heidelberg, August 2024; DOI

<https://doi.org/10.1007/s00393-024-01539-2>

Albrecht, K., Strangfeld, A. & Callhoff, J. Quo vadis rheumatologische Versorgung in Deutschland? Neue Fachärztezahlen zum 31.12.2024. Z Rheumatol (2025). <https://doi.org/10.1007/s00393-025-01720-1>

Stellungnahme der DGRh und des Verbandes Rheumatologischer Akutkliniken (VRA) zum Referentenentwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG). 13. März 2024 <https://dgrh.de/Start/Publikationen/Positionen/3.-Stellungnahme-zum-Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz.html>

Gemeinsamer Bundesausschuss: Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung. (Bedarfsplanungs-Richtlinie). [über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung](#) Abruf 30.09.2025

Pressemeldung Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit Rheinland-Pfalz, 2. Oktober 2025, <https://mwg.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/gesundheitsminister-clemen-hoch-wir-verbessern-die-versorgung-fuer-rheuma-patienten-im-land>

Über die DGRh

Die DGRh ist mit mehr als 1750 Mitgliedern die größte medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaft im Bereich der Rheumatologie in Deutschland. Sie repräsentiert hierzulande seit 90 Jahren die rheumatologische Wissenschaft und Forschung und deren Entwicklung. Als gemeinnütziger Verein arbeitet die DGRh unabhängig und ohne Verfolgung wirtschaftlicher Ziele zum Nutzen der Allgemeinheit.

Pressekontakt DGRh für Rückfragen:

Stephanie Priester

Pressestelle

Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie und Klinische Immunologie e. V. (DGRh)

Postfach 30 11 20

70451 Stuttgart
Tel.: +49 711 8931-605
Fax: +49 711 8931-167
E-Mail: priester@medizinkommunikation.org

Kontakt DGRh:

Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie und Klinische Immunologie e. V. (DGRh)
Geschäftsstelle
Anna Julia Voormann
Generalsekretärin
Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, Aufgang C
10179 Berlin
Tel.: +49 30 240484-70
Fax: +49 30 240484-79
E-Mail: anna.voormann@dgrh.de
<http://www.dgrh.de>